Sonntag, 10. Juni 1923 · 71. Jahrgang Nr. 269

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzelnummer 250 M.

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „U.L.K"

Erscheint täglich zweimal Sonntags, Montags einmal. Abonnementspreis einschließl. zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau u. 1900.— wöchentl. 8100.— monatlich im voraus zahlbar. Abonnementspreisänderungen während der Bezugszeit vorbehalten. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Störung unseres Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung od. Erstattung des entsprechenden Betrages. Insertionspreis die 11 gespaltene Zeile M. 2000.— Kleine Anzeigen das Wort M. 600.—, das fettgedruckte Wort M. 1000.— Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Straße 46—49. Fernsprecher: Dönhof Nr. 2500 bis 2455; für den Fernverkehr Nr. 4287 bis 4800. — Rudolf Mosse-Code. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Straße 67—68. Wilmersdorf: Wilmersdorfer Straße 118. Charlottenburg: Tauentzienstraße 7. Steglitz: Albrechtstraße 130. Tempelhof: Berliner Straße 147. Treptow: Krüllstr. 7. Weißensee: Streustr. 126. Wilmersdorf: Uhlandstr. 66. Kaiserplatz 13. Frankfurter Allee 266. Grunau: Frankfurter Straße 30. Friedrichshain: Scharnweberstraße 107. Kochhannstraße 9. Schöneberg: Hauptstraße 23-24. Martin-Luther-Straße 9. Schöneberg: Albrechtstraße 130. Tempelhof: Berliner Straße 147. Treptow: Krüllstr. 7. Weißensee: Streustr. 126. Wilmersdorf: Uhlandstr. 66. Kaiserplatz 13. Rheinberger Straße 79. Pankow: Bornholmer Str. 1. Schmargendorf: Breite Straße 3. Schöneberg: Hauptstraße 23-24. Martin-Luther-Straße 9. Steglitz: Albrechtstraße 130. Tempelhof: Berliner Straße 147. Treptow: Krüllstr. 7. Weißensee: Streustr. 126. Wilmersdorf: Uhlandstr. 66. Kaiserplatz 13. Brandenburg (Hauptstr. 4. Breslau: Schweidnitzer Str. 31-32. Cöpenick: Fehrbellinerstr. 1. Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a. Niederschöneweide: Brückenstr. 29. Potsdam: Brandenburger Str. 13. Spandau: Breite Str. 47. Stettin: Paradepl. 8.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Kanzlerrede in Münster

Die Ansprache auf der Reichstagung der deutschen Presse

Münster, 9. Juni.

Der Reichskanzler, welcher heute morgen in Begleitung des Staatssekretärs Hamm und verschiedener Herren der Reichskanzlei hier eintraf, wurde am Bahnhof vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Gronowski, empfangen und namens der Bürgerschaft von Chefredakteur Dr. Coutzen begrüßt. Der Reichskanzler begab sich zunächst nach dem Hotel Fürstenhof und gegen 11 Uhr nach dem Oberpräsidium, wo eine Sitzung mit Vertretern der Beamtenschaft, der Landtreise, der Kommunalverwaltungen und der Regierungen stattfand. Nachmittags 4 Uhr hatte der Reichskanzler eine Besprechung mit Gewerkschaftsführern. Abends 6½ Uhr folgte der Reichskanzler einer Einladung des Oberbürgermeisters Sperlich zum Abendessen. Um 8¼ Uhr erfolgt ein Empfang durch den Reichsverband der deutschen Presse im alten Rathaussaal. Hieran schließt sich ein Bierabend.

* * *

Gelegentlich des Abendempfanges hielt der Reichskanzler Dr. Cuno eine längere Rede, deren Hauptzüge wir im folgenden wiedergeben:

Vorgestern haben wir den Mächten unser Memorandum als Ergänzung auf die Note vom 2. Mai übergeben. Ich begreife die Spannung und Ungeduld, mit der unser Schritt erwartet worden ist. Er ist ein natürlicher Schritt auf dem Wege, den die Regierung von Anfang an gegangen ist. In dem westfälischen Provinziallandtage zu Münster habe ich einen Tag nach dem Ruhreinbruch die Grundlinie dargelegt: die Lösung des Reparationsproblems, um jeden mit der deutschen Staatsfreiheit und der deutschen Wirtschaftskraft zu vereinbarenden Preis, ist das Ziel, die Aussprache in offenen ehrlichen und gleichberechtigten Verhandlungen der Weg, den diese Regierung sich vorgezeichnet hat. Nichts ist unterlassen worden, was der Lösung dieser Aufgabe dienen könnte. Unser Angebot in London, unser Vorschlag für Paris, die zwischen beiden liegenden Bemühungen zu einer Aussprache zwischen französischer und deutscher Industrie zu kommen, das Angebot eines besonderen friedensichernden Abkommens über das Rheinland sind Folgen dieses Willens. — Die Antwort auf diese gehäuften Bemühungen war der Einmarsch französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet und Ueberschreitung aller Grenzen, die rechtlich, räumlich und sachlich das Rheinlandabkommen der Besetzung zog. Seitdem kam zu dem ersten Zielpunkt der Lösung der Reparationsfrage ein zweiter noch größerer: es galt, alle Kraft anzuspannen, um für Rhein und Ruhr die Wiederherstellung des Rechtszustandes zu erreichen, alles fernzuhalten, was der Bevölkerung in ihrer selbstgewollten und selbstgewählten Abwehr als eine Verleugnung und Schwächung erscheinen könnte, alles zu tun, um die furchtbaren Leiden zu lindern, die alle Schichten der Bevölkerung des besetzten Gebietes tragen.

Diese erste und ursprüngliche Aufgabe, unserem Volke und Lande wieder zur Freiheit und zum Frieden zu verhelfen, ließen uns die Bemühungen um die Lösung der Reparationsfrage verdoppeln.

Diese erste und ursprüngliche Aufgabe, unserem Volke und Lande wieder zur Freiheit und zum Frieden zu verhelfen, ließ uns die Bemühungen um die Lösung der Reparationsfrage verdoppeln. Lange standen wir der völligen Ablehnung jeglicher Verhandlungen auf seiten Frankreichs gegenüber, lange bot auch keine andere Macht dem suchenden Auge einen Anhalt, an dem wir hätten einsetzen können, bis die bekannte Unterhausrede des englischen Staatssekretärs des Aeußern und gleichlautende Ratschläge der italienischen Regierung eine neue Möglichkeit gaben. So ergab sich folgerichtig der Schritt, den wir am 2. Mai getan haben. Wir konnten dabei, wenn wir ehrlich bleiben wollten, nicht über den Rahmen hinausgehen, in dem wir für die Pariser Konferenz und in späteren Erklärungen unsere Leistungsfähigkeit nach gewissenhafter Prüfung und Ueberzeugung umrissen hatten.

Seitdem ist alles geschehen, um die außenpolitische Lage zu erforschen und dem schweren verantwortlichen Schritte einen günstigen Boden zu schaffen. Im eigenen Gewissen hatte die Regierung den stärksten Antrieb zur Beeilung dieses Schrittes angesichts der unerhört steigenden Leiden des besetzten Gebietes und der steigenden Schwierigkeiten auch im unbesetzten Gebiet. Den Blick auf Rhein und Ruhr gerichtet, haben wir den neuen Schritt getan.

Wo man die Sprache der Ehrlichkeit und eines die gegebene Lage berücksichtigenden realpolitischen Geschäftssinnes versteht, wird man ihn werten als einen Beweis der Aufrichtigkeit und des ernsten Willens Deutschlands, die Reparationsfrage der Lösung entgegenzuführen.

In Ergänzung der Note vom 2. Mai haben wir uns streng auf die beiden Fragen beschränkt, die den Antworten der Alliierten gemeinsam waren: Höhe des Angebots und Benennung der wirtschaftlichen Garantien. So sehr wir ohne uns von der geraden Linie unserer Politik zu entfernen, zu jeder Modifizierung des Angebots uns bereit finden konnten, so wenig konnten wir, zumal angesichts der fortschreitenden Schwächung unserer finanziellen und wirtschaftlichen Kraft durch den Ruhreinfall, zu einer anderen zahlenmäßigen Selbstschätzung unserer Leistungsfähigkeit gelangen. Wer eine wirkliche Lösung des Reparationsproblems will, darf nicht so sehr an das Versprechen, als an das Zahlen denken. Zu oft schon haben wir und haben mit uns andere Gläubiger erfahren, daß unter Zwang und Drohung abgegebene Zahlungsversprechungen zu immer neuen Verwirrungen führten.

Die Gegner selbst erkennen das an, wenn sie nun den Gedanken großer Anleihen in den Hintergrund treten lassen. Aber wenn schon verschiedene Meinungen bestehen sollten, so mag eine unparteiische internationale Instanz darüber entscheiden, eine Instanz, für deren Urteil objektive Tatsachenforschung, nicht politische Gunst oder Mißgunst bestimmend ist, und für die die Grundlage des Urteiles jenes Recht ist, das auch dem bedrückten Deutschland im Vertrag von Versailles zugestanden und in feierlicher Form unmittelbar vorher von den Alliierten verbürgt worden ist, daß die Leistungsfähigkeit und die Hilfsmittel Deutschlands seine Reparationspflicht begrenzen und die gesellschaftliche, wirtschaftliche und finanzielle Organisation eines Deutschlands aufrecht zu erhalten ist, das sich aufrichtig bemüht, seine volle Tatkraft der Reparation zuzuwenden.

In den Garantien ist bis an die Grenze des Möglichen gegangen, in der tiefen Zuversicht, daß, wenn nur erst einmal der Plan der Reparationsschuld in einer mit der Leistungskraft Deutschlands einigermaßen zu vereinbarenden Weise festgestellt ist, dann das deutsche Volk, einerlei, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, ob Nichtbesitzender oder Besitzender, bereit sein wird, aus Besitz, Arbeit und Einkommen die größten Opfer für die volle Freiheit und die Wohlfahrt der künftigen Generationen seiner Kinder zu bringen und alles zu tun, damit der Einzelne von der Sonderbelastung seines Besitzes, das ganze Volk von der Belastung seiner Zukunft frei wird. Dafür wird der Staat das deutsche Volk nicht abhängig sein lassen vom guten Willen dieser oder jener, sondern er wird auch die ganze Kraft und Verantwortung der Staatsgewalt dafür geltend machen, daß die deutsche Wirtschaft Garantien auch geben muß.

Dieser Gedanke ist vom Staate in die Wirtschaft getragen worden. Wie sie aufzubringen, wie weit sie auszudehnen und wie die Lasten letzten Endes nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit zu verteilen sind, wird der Staat bestimmen.

Aber das ist nicht ohne Belang, daß es sich bei seinem Angebot auf die aus eigener Ueberzeugung geschöpfte Bereitwilligkeit der deutschen Wirtschaft stützen konnte. Denn es entkräftet die Bemängelungen auch derjenigen im Ausland, die sich bisher nicht genug tun konnten, den deutschen Staat als zu schwach hinzustellen, als daß er die deutsche Wirtschaft bindende Leistungsversprechen abgeben könnte, und die dabei doch nicht müde wurden, diesen deutschen Staat durch immer neue Bedrückung politisch zu schwächen.

Das eindeutige Anerkenntnis der Reparationsverpflichtung in unserem Memorandum wird bestätigt durch die Leistungen, die Deutschland bisher bewirkt hat und bis auf diesen Tag bewirkt. Die von uns aufgestellten Ziffern sind bekannt.

Dies, unser neuer Schritt. Nun mag die Welt sagen, ob sie Frieden und Wiederaufrichtung will oder Unfrieden und Zerstörung.

Was wir zu tun haben, ist klar und einfach. Es ist vor allem, daß besetztes und nichtbesetztes Gebiet fest und einig bleiben und ein jeder einzelne sein Tun und Lassen so einstellt, als trüge er die Verantwortung für das ganze Vaterland. Ich weiß, was ich damit verlange, und ich weiß, was Rhein und Ruhr täglich und stündlich ertragen.

(Schluß im Montagabendblatt.)

Umsturz in Bulgarien

London, 9. Juni. (W. T. B.)

Reuter meldet aus Sofia, die Regierung ist durch eine Organisation von Reserveoffizieren gestürzt worden. Alle Minister wurden in Haft genommen. Eine neue Regierung wird gebildet, die alle Oppositionsparteien mit Ausnahme der Kommunisten in sich vereinigt.

Schnelldienst

Nach einer Reuter-Meldung aus Sofia soll die bulgarische Regierung durch einen Offiziersputsch gestürzt worden sein.

Der Bahnhof Essen-Rüttenscheid ist von den Franzosen besetzt worden.

Im Landtag hielt der Ministerpräsident Otto Braun eine Rede über die schleswigsche Frage.

Der französische Minister des Innern hat eine kommunistische Jaurès-Kundgebung verboten.

Aus Neapel wird ein neuer starker Ausbruch des Vesuvs gemeldet.

Eine schwedische U-Boot-Division hat in der Ostsee eine treibende lettische Flugmaschine mit 10 Mann Besatzung geborgen.

Infolge Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Organisationskomitee und dem Präsidenten des Internationalen Stenographenkomitees wurde der 13. internationale Stenographenkongreß auf das Jahr 1924 verschoben.

Dollar: New-Yorker Parität 83 333

Das Zementgeschäft

Zum Münchener Hochverratsprozeß

Wenn man die Verhandlungen über den Münchener Hochverratsprozeß liest, dann muß man sich an den Kopf fassen über so viel Lumpengesinnung und Dummheit, die die stärksten Triebkräfte für die Münchener Hochverräter gewesen sind. Wäre unser Volk politisch, so müßten die Münchener Prozeßverhandlungen den Monarchismus in Deutschland davonscheuchen wie ein frischer Wind die grauen Nebel. Das waren also die Bannerträger des Nationalismus, die Erbpächter der patriotischen Gesinnung! Gegen schmutziges Geld waren sie bereit, ihr Vaterland zu verkaufen. Jetzt wird einem psychologisch klar, warum die französische Propaganda immer wieder ihr Heil versucht, deutsche Judasse aufzufinden, warum sie heute mit den Monarchisten und morgen mit den Kommunisten anzubinden sucht. Würde sie von vornherein auf strenge Abweisung überall in Deutschland gestoßen sein, wir wären wahrhaftig niemals in den jetzigen Elendzustand hinabgeglitten. Aber man vergegenwärtige sich: Die Herren Lauchhaus und Fuchs verhandelten nicht nur mit den Münchener Sendlingen der Franzosen, sie nahmen Herrn Richert sogar unter einem Decknamen in ihren Geheimbund auf, denselben Herrn Richert, der im Saargebiet die niedrigste und schäbigste Polizistentätigkeit gegen Deutsche ohne Unterschied der Partei betreibt. Herr Richert wurde unter dem ehrlichen deutschen Namen Hartmann in die Mitgliederliste des Monarchistenbundes eingetragen, und wenn man ihn wegen des zu beginnenden Putsches telegraphierte, so sprach man vom Zementgeschäft. Hartmann war gleichbedeutend mit Richert, und das Zementgeschäft war der bayerische Monarchistenputsch. Skrupellos haben die Münchener Hochverräter von Herrn Richert Geld genommen. Sie konnten sich nicht im Unklaren darüber sein, woher jenes Geld in letzter Linie stammt. Die Franzosen erpressen nicht nur die Besatzungskosten von uns, sondern von dem unglücklichen Saargebiet erheben sie auch noch einen besonderen Tribut für ihre maßlose teuere Verwaltung. Ehe sich das Geld, das die Herren Fuchs und Machhaus im Betrage bis zu 100 Millionen Mark von Herrn Richert erhalten hatten, in französischen Judaslohn umwandelte, war es das Geld von deutschen Steuerzahlern aus dem Saargebiet. Aber was ein richtiger völkischer Monarchist ist, für den gilt der alte Römerspruch non olet.

Dabei waren die Fuchs und Machhaus keineswegs Hochstapler, denen es nur darauf ankam, Geld zu erhalten, sondern ihre Verräterabsichten waren durchaus ernsthaft. Sie hatten die feste Absicht, in des Reiches Schicksalsstunde und gegen die Regierung Cuno die Losreißung Bayerns zu entfesseln. Von Frankreich wollte man nicht nur Geld, sondern auch Waffen und Munition haben. Frankreich, das immer behauptet, von Deutschland bedroht zu sein, scheut sich nicht, wenn auch durch seine übelsten Subjekte, den Verrätern Versprechungen hinsichtlich der Lieferung von Waffen zu machen. Offenbar glaubt man, daß, wenn Bayern erst einmal vom Reiche losgerissen sein wird, die völkischen Helden vor jeder französischen Generalsuniform ebenso stramm stehen werden, wie jetzt vor der deutschen. Ihr Ziel ist nun einmal die Reichszerstörung, und diesem Ziele wird alles andere untergeordnet.

Der Eindruck, den man aus den Münchener Verhandlungen gewinnt, ist leider noch nicht einmal vollständig. In Wahrheit hat es sich ja gar nicht um einige verrückte Personen gehandelt, sondern die Wellenkreise dieser Verräterbewegung gingen weit über Bayern hinaus. Es ist schade, daß nicht gleichzeitig die Verhandlungen gegen den Pfälcher-Bund in Frankfurt a. M. stattfinden. Die verhafteten Mitglieder dieses